

Rhein-Hunsrück

Fotos, Videos, Berichte auf www.rhein-zeitung.de/rhein-hunsrück

Energiewende: Schnorbach setzt aufs Sparen

Projekt Gemeinde legt eigene Richtlinie auf – Bürgern winkt stattliche Förderung als Anreiz

Von unserem Chefreporter
Volker Boch

Schnorbach. Ganz vorn in Rheinland-Pfalz ist die Ortsgemeinde Schnorbach – zumindest, was ihre Energiesparziele angeht. Im Mai hat der Rat der Gemeinde eine eigene Energiesparrichtlinie beschlossen, die immer mehr mit Leben erfüllt wird. Mit gezielten Förderanreizen will der Rat um Ortsbürgermeister Bernd Kunz den 240 Bewohnern nahelegen, in das Sparen von Energie zu investieren.

Geradezu begeistert sind die Experten, wenn in Sachen Energiewende die Rede auf das Schnorbacher Modell kommt. „Den Bürger zu erreichen, ist ein ganz dickes Brett“, sagt der Klimaschutzmanager des Kreises, Frank-Michael Uhle. Seit Jahren befasst er sich mit den verschiedensten Facetten der Energiewende; er weiß, wie schwer es ist, den Menschen nahe zu bringen, dass eine Investition ins Sparen nicht nur ökologisch nachhaltig ist, sondern langfristig auch Geld spart. Auch die Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz kennt solche Probleme, seitdem sie 1978 als Reaktion auf die Ölkrise damit begonnen hat, Bürger in Sachen Energie zu beraten. „Wir brauchen die regionalen Multiplikatoren“, erklärt Hans Weinreuter von der Verbraucherzentrale (VZ), „es gibt Kommunen, die muss man überreden, solche Projekte anzugehen.“ Und dann gibt es Gemeinden wie Schnorbach, die einfach selbst aktiv werden.

Seit September 2014 hat der Schnorbacher Gemeinderat ein Konzept gearbeitet, das im Mai als Energiesparrichtlinie vorgelegt worden ist. „Ohne Windkraft würden wir das nicht machen können“, sagt Bürgermeister Kunz offen. Erst seit dem Winter drehen sich zwei Räder auf der Gemarkung, doch bereits für das laufende Jahr hat die Gemeinde 30000 Euro



Stehen hinter einem nachhaltigen Projekt: Schnorbachs Ortsbürgermeister Bernd Kunz, Energieberater Uwe Kaska, Kreisklimaschutzmanager Frank-Michael Uhle, Hans Weinreuter als Energieexperte der Verbraucherzentrale und der Bürgermeister der Verbandsgemeinde Rheinböllen, Arno Imig. Foto: Werner Dupuis

in den Haushalt eingestellt, um mit den Bürgern Energie einzusparen. „Wir wollten ein Signal geben, wie man das Geld sinnvoll einsetzen kann“, sagt Kunz. Der Bürgermeister der Verbandsgemeinde Rheinböllen, Arno Imig, unterstreicht, dass dies im Sinne der Bevölkerung ist. „Es gab hier eine Bürgerbefragung, und auch die Verbandsgemeinde steht voll hinter der Gemeinde.“

Einstimmig wurde im Schnorbacher Rat beschlossen, dass die Gemeinde ein Aktivprogramm auflegt – und dies sollte vor allem schnell gehen. Zwar wurde anfangs Kontakt zur Transferstelle für Rationelle und Regenerative Energienutzung Bingen aufgenommen, um professionelle Beratung zu bekommen, aber dieses Verfahren hätte sich in die Länge gezogen. Stattdessen wurden Experten wie Uhle und VZ-Energieberater Uwe Kaska zu Ratgebern.

500000 Euro erhält die VZ im Zuge der Energiewende-Politik

jährlich als Zuschuss vom Land, um die Bürgerberatung zu forcieren. Wie umfangreich deren Engagement mit 70 Beratungsstellen im Land und 26 eigenen Energieberatern ist, wissen allerdings die wenigsten. Kaska ist einer dieser Berater, die an der Basis ganz praktische Tipps geben und in Haushalten von der Steckdosenleiste über den Kühlschrank und die Wärmepumpe bis hin zum umfassenden Isolierungskonzept zur Seite stehen. In Schnorbach hat er in den

Richtlinie mit wegweisendem Charakter

Die Anfang Mai vom Gemeinderat beschlossene Energiesparrichtlinie der Gemeinde Schnorbach hat wegweisenden Charakter. Darin heißt es: „Die Ortsgemeinde hat sich zum Ziel gesetzt, den Energieverbrauch in der Ortsgemeinde zu senken. Diese Ziele dienen dazu, wertvolle Ressourcen zu schonen und die Umwelt von klimaschädli-

chen Emissionen zu entlasten. Der Bürger soll bei der Umsetzung dieser Ziele von der Ortsgemeinde unterstützt werden. Um die Energiesparrichtlinie auch finanziell umzusetzen, sollen Teile der Pachteinnahmen der zwei Windenergieanlagen auf gemeindeeigener Fläche verwendet werden.“ Alle Eigentümer oder Mieter einer

vergangenen Wochen erlebt, wie die Bürger bei diesem Thema aktiv mitgenommen werden. „Die Gemeinde hat sich selbst ein Konzept erstellt“, sagt Klimaschutzmanager Uhle mit Begeisterung, „ein Beispiel wie dieses ist mir nicht bekannt.“ Energieexperte Weinreuter ergänzt mit Blick auf die Details der Konzeption: „Das Gesamtpaket stimmt einfach.“ Dazu gehören viele kleine und große Bausteine. Die Basis bietet dabei eine Energieberatung für jeden

Bürger, der mitmachen möchte – die Kosten trägt die Gemeinde. Darauf aufbauend gibt es ein ausgeklügeltes Fördersystem, das alle Bereiche des Energiesparens abarbeitet und dem Antragsteller eine Förderung von bis zu 6000 Euro durch die Gemeinde bringen kann. „Unser Ziel ist es, den Energieverbrauch um 20 bis 30 Prozent zu senken“, sagt Bürgermeister Kunz. Das Programm ist zunächst bis Ende 2017 vorgesehen, kann aber auch darüber hinaus laufen.

Wohneinheit sind dazu berechtigt, Anträge auf eine Förderung von Maßnahmen zu stellen, die der Einsparung von Energie dienen. Dazu gehören ganz verschiedene Vorhaben von der Anschaffung eines neuen Kühlschranks bis hin zur umfassenden Wärmedämmung. Die maximale Fördersumme beträgt je Antragsteller 6000 Euro. vb

Wohneinheit sind dazu berechtigt, Anträge auf eine Förderung von Maßnahmen zu stellen, die der Einsparung von Energie dienen. Dazu gehören ganz verschiedene Vorhaben von der Anschaffung eines neuen Kühlschranks bis hin zur umfassenden Wärmedämmung. Die maximale Fördersumme beträgt je Antragsteller 6000 Euro. vb

Kommentar

Volker Boch
über das Projekt der
Gemeinde Schnorbach



Ein landesweit einmaliges Beispiel

Mit gutem Beispiel bei der Energiewende vorgehen will die Gemeinde Schnorbach, die landesweit ein bislang einmaliges Beispiel gibt. Überall im Land wird darüber gesprochen, dass der Kern der Energiewende das Sparen von Energie ist. In Schnorbach will der Gemeinderat dieses Ziel nun nicht nur erfüllen, sondern dabei auch alle Bürger miteinbeziehen.

Es ist ein einzigartiger Vorgang, dass sich eine kleine Kommune aufmacht und selbstständig eine Förderrichtlinie aufstellt, die in der Landespolitik nach wie vor ein Wunschtraum ist. Während es an ganz praktischen und konkreten Förderanreizen zum Energiesparen seitens der Landesregierung nach wie vor mangelt, schafft es ein siebenköpfiger Gemeinderat innerhalb kurzer Zeit, ein Konzept zu erstellen, das vom Kleinen bis zum großen Einsparpotenzial viele Ansatzmöglichkeiten für alle Bewohner beinhaltet. Dafür gebührt Schnorbach großer Respekt.

Es ist keine Frage, dass nun die (rhetorische) Frage aufkommt, weshalb es sich Schnorbach leisten kann, Energie zu sparen. Ja, natürlich, auch weil der Ort Windkraft hat und damit garantierte jährliche Einnahmen im höheren fünfstelligen Bereich. Das ist aber nur ein Teil der Wahrheit. Viele der angedachten Maßnahmen ließen sich – wenn denn der Wille dazu vorhanden wäre – auch mit wesentlich kleineren Budgets einsteuern. Und, mal ganz nebenbei: Manche Gemeinde, die mit der Windkraft viel Geld verdient, macht in Sachen „Bürgernahe Energiesparen“ wenig bis gar nichts. Dass das Ziel der Energiewende nicht nur das Geldverdienen ist, hat noch längst nicht jeder erkannt.

„Unser Ziel ist es, den Energieverbrauch um 20 bis 30 Prozent zu senken“, sagt Bürgermeister Kunz. Das Programm ist zunächst bis Ende 2017 vorgesehen, kann aber auch darüber hinaus laufen.

Inklusion in der Schule

Weiterbildung Lebenshilfe bietet Schulung

Rhein-Hunsrück. Die Lebenshilfe bietet in Kooperation mit dem Institut für Forschung und Weiterbildung der Hochschule Koblenz und der Katharina Kasper-Stiftung eine berufsbegleitende Weiterbildung zur Inklusion in Kindertagesstätten und Schulen an. Von September bis Juli 2016 werden gezielte Schulungsmodule in Theorie und Praxis angeboten.

Nähere Infos, auch was Bezeichnung betrifft, gibt's unter Tel. 0261/952 82 38 oder unter www.ifw-anmeldung.de

Unser Wetter



Schauer als Seltenheit

Teils ist es heute bei 22 bis 25 Grad stark bewölkt, nur vorübergehend besteht eine leicht erhöhte Schauerneigung. In der Nacht bleibt es bei 13 bis 15 Grad trocken.

Volksbank Hunsrück-Nahe entwickelt sich positiv

Vertreterversammlung Herausforderungen für Genossenschaftsbanken steigen – Digitalisierung ist auch in dieser Branche ein Megatrend

Idar-Oberstein/Simmern. Rund 200 Vertreter, Aufsichtsräte und geladene Gäste begrüßte der Aufsichtsratsvorsitzende der Volksbank Hunsrück-Nahe, Günter Heß, zur Vertreterversammlung. Bereits zum zweiten Mal hatte das Kreditinstitut zu diesem Anlass in die Messehalle nach Idar-Oberstein eingeladen.

Gleich zu Beginn versprach Vorstandsmitglied Frank Schäfer, einen soliden Jahresabschluss vorzulegen, und damit hatte er sicherlich nicht übertrieben. Die Bilanzsumme stieg gegenüber dem Vorjahr um 3,3 Prozent auf nunmehr 1,132 Milliarden Euro. Die Kundenforderungen – also Kredite an Mitglieder und Kunden – konnten zum Bilanzstichtag um 2,7 Prozent auf 520 Millionen Euro gesteigert werden. Die Zuwächse betrafen sowohl das Privat- wie das gewerbliche Kundenkreditgeschäft. Auch die Kundeneinlagen sind um 1,85 Prozent auf 895 Millionen Euro gewachsen. Beim gesamten betreuten Kundenvolumen wurde 2014 ein Wachstum



Gestärkt durch das gute Ergebnis 2014, blickt die Volksbank Hunsrück-Nahe zwar mit Respekt, aber dennoch zuversichtlich in die Zukunft.

von 57 Millionen Euro (2,9 Prozent) auf 2,05 Milliarden Euro erzielt.

„Die wichtigste Ertragsquelle unserer Bank ist mit 30,2 Millionen Euro der Zinsüberschuss, der, wie auch der Provisionsüberschuss mit 7,8 Millionen Euro, gegenüber dem Vorjahr stabil bleibt“, betonte Schäfer. Der Verwaltungsaufwand konnte gegenüber dem Vorjahr um 338 000 Euro auf 23,4 Millionen Euro reduziert werden. Damit wurde das bisherige gute Betriebsergebnis

der Genossenschaftsbank auch im Geschäftsjahr 2014 bestätigt. Nach Steuern in Höhe von über 4 Millionen Euro sowie Zuführung von 5,2 Millionen Euro in den Fonds für allgemeine Bankrisiken verbleibt ein Jahresüberschuss in Höhe von 3,4 Millionen Euro.

„Dieses gute Ergebnis ermöglicht es uns, unverändert eine Dividende in Höhe von 6 Prozent an unsere Mitglieder auszuschütten“, fuhr Schäfer fort. Dass jedoch nicht

alles eitel Sonnenschein ist, zeigte im Anschluss Vorstandsmitglied Jürgen Schmidt unmissverständlich auf: „Banken, wie wir sie kennen, müssen sich in den nächsten Jahren neu erfinden!“, lautete Schmidts provokante These. Gründe hierfür seien das anhaltende Niedrigzinsniveau, die zunehmende Regulierungswut der Aufsichtsbehörden, die demografische Entwicklung und die rasant zunehmende Digitalisierung. Rund 80 Prozent der Erträge der Bank stammen aus dem Zinsgeschäft.

Durch die bereits seit langem anhaltende Niedrigzinsphase gerät die Zinsmarge und damit diese wichtige Ertragsquelle zunehmend unter Druck. Gleichzeitig verursacht die ausufernde Bürokratie durch immer neue Vorgaben und Regelungen bei der Bank jährliche Kosten in Höhe von 550 000 Euro. Als Megatrend bezeichnete Schmidt die zunehmende Digitalisierung, der man sich auch im Bankensektor stellen müsse. Anhand zahlreicher Beispiele zeigte er auf,

wie vermehrt auch branchenfremde Anbieter den Finanzsektor für sich entdecken und versuchen, Banken zu verdrängen. Um weiter wettbewerbsfähig zu bleiben, müssen auf der einen Seite Kosten eingespart, auf der anderen Seite aber auch in neue Medien investiert werden, lautete das Fazit von Schmidt.

Es folgten der Bericht des Aufsichtsrates, der Bericht über die gesetzliche Prüfung und die Feststellung des Jahresabschlusses 2014 sowie die Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat. In den turnusmäßigen Wahlen wurden Robert Fritsch, Diethelm Kirst, Werner Neuheuser und Werner Weber-Gemmel in ihren Aufsichtsratsämtern bestätigt. Aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden sind Ernst Werner Scherer aus Simmern und Winfried Schmelzer aus Kellenbach. Beide wurden mit ganz besonderem Dank für ihre langjährige Tätigkeit verabschiedet. Sie hatten die satzungsmäßige Altersgrenze erreicht, somit war keine Wiederwahl mehr möglich.

